

## Medienmitteilung

## Delegiertenversammlung Parolen

Thema	Grünliberale sagen 3 x Ja zu Vorlagen vom 7. März
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Mobile 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	20. Februar 2010

### Grünliberale sagen dreimal Ja zu Vorlagen vom 7. März

Die Grünliberalen Schweiz haben an ihrer Delegiertenversammlung in Winterthur die Idee Energie- statt Mehrwertsteuer präsentiert (siehe separate Mitteilung) und dreimal die Ja-Parole gefasst. Am meisten zu diskutieren gab die Vorlage über die Senkung des Umwandlungssatzes, da auch Kritik vor allem an privaten Versicherungsgesellschaften laut wurde.

Während für die meisten Delegierten klar war, dass der Umwandlungssatz heute zu hoch ist, wurde dennoch Kritik laut am heutigen System. Die hohen Verwaltungskosten sowie die zu hohen Gewinnabschöpfungen vor allem bei privaten Versicherungsgesellschaften wurden kritisiert. Trotzdem schlossen sich die Delegierten dem Schlussvotum von Verena Diener an, die betonte, dass es im Sinne der Nachhaltigkeit so oder so nötig sei, den Umwandlungssatz anzupassen. Die zweite Baustelle müsse aber im Parlament angepackt werden. Die Delegierten folgten der vom Vorstand beantragten Ja-Parole mit 52:24 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Unbestritten war die Vorlage für den Verfassungsartikel „Forschung am Menschen“. Damit der Staat der Wissenschaft und der Forschung vertrauen könne, brauche es klare Rahmenbedingungen. Die Delegierten stimmten der Vorlage mit 77:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Ein eindeutiges Ja gab es auch zur Initiative „Tierschutzanwalt“. Tiana Moser erklärte, dass es nicht um eine Verschärfung des Gesetzes gehe sondern lediglich um den korrekten Vollzug. In Kantonen ohne Tierschutzanwalt zeige sich ganz klar, dass kaum Strafen ausgesprochen würden und das Strafmass immer sehr tief sei. Sie führte dies unter anderem darauf zurück, dass bei der heutigen Praxis, die Tierhalter selber, die oft auch die Täter sind, die Interessen der Tiere vor Gericht vertreten. Die Delegierten sprachen sich mit 71:6 Stimme bei 5 Enthaltungen für die Initiative aus.